

Im fünften Jahr des Runden Tisches Konversion tagten im Februar 2022 erstmals Kleingruppen. Erstmals erleben die Teilnehmenden in dieser Form die „Selbstverständlichkeit“, sich individuell auszutauschen und persönlich einzuschätzen. Diesem Ausgangspunkt angemessen liefert die „Gruppe 1“ keine mehrheitlich abgestimmten Beschlüsse, sondern Erwartungen, die hier begründet, aber nicht kommentiert werden. Sie sollen hier gleichberechtigt abgebildet werden.

**AG 1 „Struktur u.a.“**

Zoom-Breakout-Session

18.00 bis 18.55 Uhr

**Teilnehmende:** Herr Möller (Freie Scholle), Herr Schmelz (VCD), Frau Klausung (Partizipationsbeauftragte), Herr Ploch (Netzwerk Bürgerbeteiligung), Herr Küfner (VCD), Herr Kapilan (BSV), Herr „Achim“ (?) (beobachtendes ehemaliges Mitglied in der BZV Stieghorst)

**Protokoll:** Herr Ploch

Frau Klausung stellt sich als neue Partizipationsbeauftragte vor. Sie wurde mit Wirkung vom 01.07.2021 in das neue Amt berufen. Sie bildet sich u.a. auch im Konversionszusammenhang einen Überblick über die bisher entwickelte Beteiligungsqualität.

Herr Kapilan ist neu im BSV-Vorstand und möchte sich erst einmal am Runden Tisch orientieren.

### Erwartungen

Der Runde Tisch soll lernen, sich in politische Entscheidungsprozesse einzubringen. Das Mehrheitsvotum zur kommunalen Entwicklung der ehem. britischen Wohnstandorte im Musikerviertel (per Wahrnehmung des Erstzugriffsrechts) im April 2021 sei bislang der einzige politische Versuch gewesen.

Der Runde Tisch muss sich seiner ursprünglichen Zuständigkeit erinnern. Hierzu gehört außer den Kasernenstandorten ausdrücklich auch die Konversionsentwicklung in den Wohngebieten.

Es müsse mehr inhaltlich gearbeitet werden. Die künftigen Ergebnisse des städtebaulichen Wettbewerbs sollen am Runden Tisch auf ihre stadtplanerische Relevanz hin geprüft werden.

Bisher gehaltene Fachvorträge sollen nachträglich aufgearbeitet werden, um einen Kompetenzgewinn für das Beteiligungsgremium überhaupt möglich zu machen.

Zur inhaltlichen Fokussierung gehört auch, dass vorgelegte fachlich-inhaltliche Arbeiten (gleich, ob von Bürgern oder Delegierten eingereicht) als Gegenstand von Bürgerbeteiligung nach einer gemeinsamen Erörterung vollständig dokumentiert und gewürdigt werden. Dokumentierte Bürger\*innen-Beiträge sind gleichberechtigt neben Vorschlägen von Planungsbüros als Teile eines transparenten und vollständigen Abwägungsprozesses noch nicht sichtbar gemacht worden.

Zur Intensivierung des Sitzungsrhythmus gibt es ein unterschiedliches Meinungsbild:

- RT-Sitzungen mit inhaltlichen Schwerpunkten im Zweimonatsrhythmus
- Bedarfsorientierte Sitzungstermine ohne schematischen Rhythmus
- Zusätzlich fachbezogene Untergruppen zwischen den offiziellen Plenumsitzungen
- Ungewisse Einschätzung zur persönlichen Bereitschaft zu häufigeren Treffen, empfohlene Herbeiführung eines Gesamtbildes

Protokollklärungen seien in manchen Fällen präziser vorzubereiten oder im Vorfeld der Sitzungen zu empfehlen, um zeitraubende Protokolldebatten im Plenum zu vermeiden. (Ob eine „interne“ Protokollkorrektur- bzw. Genehmigung allerdings außerhalb des Plenums zulässig wäre, wurde nicht mehr besprochen.)

Die Protokolle sollen die Namen bzw. Organisation der Anwesenden benennen, um einen leichteren Überblick über die Mandatswahrnehmung pro Sitzung zu gewinnen.

Die Nachbesetzung für nicht genutzte Mandate wird von allen Anwesenden gewünscht. Sie dient der Glaubwürdigkeit für einen ehrlich gemeinten Prozess von Bürgerbeteiligung und einem fachlichen Kompetenzzuwachs. Die unterdurchschnittliche Mandatswahrnehmung der Delegierten soll auf den Prüfstand. Die Einführung einer Teilnahmepflicht wird vorgeschlagen, wenn das Mandat nicht verfallen soll. Die geringe Teilnahmequote sei seit Installation des Runden Tisches durchgängig zu verzeichnen. Die ursprünglich gemeinte gesellschaftliche Repräsentativität sei so nicht zu erreichen. Deshalb sei bereits ab 2019 die Nachnominierung wiederholt gefordert worden.

Es werden fehlende Konsequenzen aus der bereits zurückliegenden Teilnahmeabfrage der Delegierten durch die Bauverwaltung vermisst.

Die Moderation solle die Redezeiten begrenzen. Andererseits wird die Passivität der „Wirtschaft“ am Runden Tisch bedauert, obwohl die Wirtschaft im reservierten Delegierten-Proporz für den Runden Tisch formell gut berücksichtigt sei. Die eher rezeptive Rolle vieler Delegierter bezog sich auch auf das Planungsbüro, statt eigene Planungskonzepte anzubieten.

Das Gefälle an Redebeiträgen bildet u.a. auch den inhaltlichen Beteiligungsgrad unter den Teilnehmern ab. Insofern mussten die Beiträge der wenigen Konzeptautoren aus der Bürgerschaft naturgemäß umfangreicher ausfallen. - Des Weiteren schrumpft das Zeitbudget an Beteiligungsmöglichkeiten, wenn relativ seltene Sitzungen des Runden Tisches mit umfangreichen Präsentationen überladen werden – so z.B. am 17.11.21.

Die Heterogenität der Delegierten wird übereinstimmend festgestellt, jedoch unterschiedlich bewertet.

Einige empfinden Etikettierungen wie „konservative Wirtschaft“ oder „soziale Laberkultur“. Hiermit ist die Gefahr eines unnötigen Lagerdenkens verbunden.

Die unterschiedliche Zusammensetzung der Delegierten muss nicht als etwas Trennendes wahrgenommen werden. Es gibt mehr wirtschaftskompetente Akteure als formell bekannt, allerdings auch unterschiedlichere politisch-ökonomische Ansätze, als vielleicht vermutet. Diese Erkenntnis wurde zum Teilergebnis eines besseren Kennenlernens in der Kleingruppe 1.

Es sollte der Anspruch der Delegierten sein, untereinander zu beraten, statt nur auf zugeteilte Fragemöglichkeiten der Verwaltung zu warten. Aufgeschlossenheit gegenüber Delegierten als fachkompetente Kolleg\*innen eröffnet die gegenseitige Bereicherung, die ein Branchen- und Bereichsmix ursprünglich bewirken sollte. So könnten die Delegierten als Runder Tisch vielleicht doch noch zusammenwachsen und lernen, sich als Konversionsgremium fachlich und politisch zu artikulieren.

Die produktive Seite dieser Heterogenität sollte in der Moderation stärker gefördert und abgefragt werden – Teilnahme vorausgesetzt . . .

Eine Reform des Runden Tisches ist für die Teilnehmenden der Gruppe 1 nur denkbar, wenn von möglichst allen Beteiligten (**Delegierte einschließlich der Bauverwaltung als Teil des Prozesses**) ein deutlicher Reformbedarf signalisiert wird. Die hierfür nötige Arbeit sollte eine Ebene neben den laufenden Sitzungen des Runden Tisches finden. Eine Arbeitsgruppe mit geeigneten Mitgliedern soll die Überleitung des Runden Tisches in eine erneuerte Arbeitsweise vorbereiten. **Nach welchen Kriterien die Arbeitsgruppe gebildet wird, wem die Kompetenz konkret zugetraut wird und welchen Gesamtauftrag die Arbeitsgruppe letztlich erhalten sollte, ist möglichst bis zur kommenden regulären Sitzung des Runden Tisches zu definieren** (vgl. Tagesordnung des künftigen Runden Tisches).